

Antragsbereich G: Gute Arbeit

Antrag G1_15/2

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen NRW

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4 5 **G1_15/2 Wahre Verbesserungen statt fauler** 6 **Kompromisse - für eine grundlegende** 7 **Novellierung des** 8 **Wissenschaftszeitvertragsgesetzes!**

9
10 Für uns gehört Wissenschaft in Gänze an die Hochschulen. In diesem Zuge fordern wir die Einheit
11 von Forschung und Lehre und eine gerechte, soziale und demokratische Hochschule, an der alle
12 Menschen partizipieren und sich entfalten können. Für viele Menschen ist die Hochschule aber
13 auch ihr Arbeitsplatz. Deswegen bedeutet jungsozialistische Hochschulpolitik für uns auch
14 immer, dass wir uns für die Schaffung guter Arbeitsbedingungen und somit das Ende von prekären
15 Beschäftigungsverhältnissen für alle Mitarbeiter*innen an der Hochschule einsetzen.

16
17 Durch die Einführung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) vor acht Jahren sollte
18 eine neue Grundlage für Befristungen geschaffen werden, die den besonderen Anforderungen des
19 Wissenschaftssystems Rechnung trägt - nämlich Qualifikationsphasen und wechselnden
20 Personalkategorien. Unser Ziel ist es jedoch, die Befristung von Arbeitsverträgen mit
21 wissenschaftlichem und künstlerischem Personal deutlich einzuschränken. Realität sind auch
22 Jahre nach der Einführung des Gesetzes weiterhin viele und zumeist sehr kurze Befristungen,
23 hohe Arbeitsbelastungen, zu wenig Zeit für die eigene Forschung bzw. Qualifikation und die
24 Unvereinbarkeit von wissenschaftlicher Arbeit und Familie. Daraus resultieren sowohl prekäre
25 Beschäftigungsverhältnisse als auch eine mangelnde Perspektive für junge Wissenschaftler*innen.
26 Insbesondere betrifft dies Frauen*, die angesichts der ihnen häufig immer noch zum Großteil
27 auferlegten Pflichten im Bereich der Reproduktionsarbeit besonders unter diesen
28 Arbeitsbedingungen leiden und so strukturell benachteiligt und vom wissenschaftlichen Betrieb
29 ausgeschlossen werden. Das lehnen wir ab!

30
31 Aus diesen Gründen war eine Reformierung des WissZeitVG dringend notwendig und wir begrüßen
32 es grundsätzlich sehr, dass die Große Koalition dies in Angriff genommen hat. Der nun vom
33 Kabinett verabschiedete Entwurf bleibt jedoch weit hinter unseren Erwartungen zurück. Die von
34 der Union und der SPD ausgehandelten Kompromisse sind nur ein winziger Schritt in die richtige
35 Richtung. Wir fordern weitergehende Änderungen:

- 36
37
- 38 ▪ Wir begrüßen sehr, dass in Zukunft die Vertragslaufzeiten bei Promovierenden an die
39 Dauer der Qualifikationen gekoppelt werden müssen. In der Praxis haben Promovierende
40 jedoch häufig während ihrer Arbeitszeiten aufgrund vielerlei Aufgaben und einer großen
41 Belastung nicht ausreichend Zeit, sich ihrer eigenen wissenschaftlichen Arbeit zu
42 widmen. Dadurch ist es in vielen Fällen gar nicht möglich, dass die Promotion in der
43 dafür vorgesehenen Zeit erfolgt. Deswegen muss die Hälfte der Arbeitszeit
Promovierender für ihre Qualifikation festgeschrieben werden. Darüber hinaus darf es

44 keine Möglichkeit geben, von Seiten der Hochschule diese Forderungen zu umgehen.
45 Dafür müssen Arbeitsverträge von Promovierenden eine Mindestdauer von zwei Jahren
46 als Untergrenze haben.

- 47 ■ Gerade auch Beschäftigte in Drittmittel-Projekten sind mit enormen Befristungen und
48 prekären Beschäftigungsbedingungen konfrontiert. Es ist ein guter Schritt, dass
49 Zeitverträge für nicht-wissenschaftliche Beschäftigte in Drittmittel-Projekten künftig nur
50 noch nach dem strengeren Teilzeit- und Befristungsgesetz möglich sein werden. Für die
51 wissenschaftlichen Beschäftigten sieht die Reform hier zwar vor, dass die vereinbarte
52 Befristungsdauer der Dauer der Mittelbewilligung entsprechen soll. Gerade aber auch
53 unter Berücksichtigung der Entwicklung, dass immer mehr Wissenschaftler*innen in zum
54 Teil zeitlich sehr begrenzten Drittmittel-Projekten beschäftigt sind, reicht diese
55 Einschränkung der Befristung bei weitem nicht aus. Wir fordern weiterhin eine
56 Mindestbefristungsdauer von zwei Jahren für alle Beschäftigten. Wir wollen Dauerstellen
57 für Daueraufgaben, denn unabhängig von der Drittmittelfinanzierung gibt es auch in
58 diesen Projekten viele Beschäftigte, die weiterhin ihre Stellen haben werden. Ihnen
59 gegenüber gibt es keine Rechtfertigung, ihre faktischen Dauerstellen nicht mit einem
60 dauerhaften Vertrag zu versehen. Darüber hinaus müssen auch Beschäftigte in
61 Drittmittelprojekten endlich einen Anspruch auf Vertragsverlängerung haben, wenn
62 Elternzeit in Anspruch genommen wird. Deshalb muss die familienpolitische Komponente
63 im WissZeitVG entsprechend ausgestaltet sein.
- 64 ■ Besonders einschneidend ist auch die Neuregelung, wonach Studierende einer
65 gesonderten Beschäftigungshöchstdauer von vier Jahren unterliegen sollen. Dies betrifft
66 insbesondere Studierende, die mit der Beschäftigung an der Hochschule ihr Studium
67 finanzieren und daher schon zu Beginn ihres Studiums eine Tätigkeit aufnehmen. Sie
68 werden so gezwungen, in vier Jahren ihr Studium abzuschließen. Diese Benachteiligung
69 lehnen wir ab und fordern daher die Streichung der Beschäftigungshöchstdauer aus dem
70 Entwurf, denn auch die im Referent*innenentwurf zuvor vorgesehenen sechs Jahre sind
71 eine unververtretbare Einschränkung.

72
73 Es zeigt sich, dass bis zu der Verabschiedung der Novellierung des WissZeitVG im Bundestag noch
74 einige essentielle Änderungen durchgeführt werden müssen. Um bessere Arbeitsbedingungen und
75 Entfristungen zu bewirken, müssen insbesondere mehr Mittel von Bund und Ländern für die
76 Hochschulen zur Verfügung gestellt werden.

77
78 Für uns Juso-Hochschulgruppen ist klar: Nur bei guten Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft
79 kann auch eine gute Forschung und Lehre stattfinden, an der alle teilhaben können. Jungen
80 Wissenschaftler*innen müssen endlich sichere und gerechte Perspektiven in der Wissenschaft
81 geboten werden. Deswegen werden wir weiter gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse
82 kämpfen und uns innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion und zusammen mit Bündnispartner*innen
83 in der Öffentlichkeit für weitere Änderungen im WissZeitVG einsetzen.